

SCHWEIZ

Gejagt wie Verbrecher

Mit der Verfolgung deutscher Steuerhinterzieher rückt das Ende des Bankgeheimnisses näher. Was bedeutet das für die Schweizer, und sind sie wirklich nur wegen ihrer Banken so reich?

Jean Ziegler tritt auf die Terrasse hinter seinem Haus, es ist ein warmer Spätsommertag. Er deutet auf das hügelige Land auf der anderen Seite der Rhône. Da liegt Frankreich, weit hinten zeichnet sich der Mont Blanc ab. „Da ist diese Schweiz endlich zu Ende“, sagt Ziegler. Das sind die Worte, die von ihm erwartet werden. Ziegler, der ewige Nestbeschmutzer.

Mit niemandem ist die moralische Kritik an der Schweiz so verbunden wie mit ihm. Ziegler ist 78 Jahre alt, bis vor wenigen Jahren reiste er als Uno-Sonderberichterstatter um die Welt. Der Kampf gegen den Hunger und die Schweizer Banken haben sein Leben bestimmt. Hat sich denn nichts geändert in den vergangenen 20 Jahren? „Nein, der Banken-Banditismus ist in voller Blüte!“, ruft er. Gleich gibt es Wiener Schnitzel und Weißwein.

In Jean Zieglers Garten in der Genfer Weinbauerngemeinde Russin beginnt eine Suche nach Antworten über die Schweiz: Woher kommt der Reichtum des Landes? Was hat er mit dem Bankgeheimnis zu tun, und wie lange wird es noch bestehen? Und was wird aus der Schweiz, wenn es fällt?

Am Mittwoch dieser Woche berät der Finanzausschuss des Bundestags in Berlin über das Steuerabkommen mit der Schweiz. Es regelt, dass Gelder deutscher Bürger auf Schweizer Banken künftig anonym besteuert werden sollen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verspricht sich davon zehn Milliarden Euro.

Aber noch hat das Parlament nichts beschlossen. Und die SPD will das Abkommen im Bundesrat blockieren, weil es für die Schweiz und die Steuer Sünder zu vorteilhaft wäre. Die Kunden könnten Schwarzgeld vorher abziehen, ihre Namen würden nicht bekannt. So ist die Schweiz Thema der deutschen Innenpolitik geworden.

Dabei wissen viele der deutschen Politiker wenig über die Schweiz, es wird hierzulande meist in Klischees über sie geredet: ein Land, bevölkert von lustig sprechenden Bergbewohnern, sauber und schön, und wer reich ist, kann dort Urlaub machen. Und, zweitens, die bösartige Karikatur: ein Hort unrechtmäßig er-



Zentrale des Pharmakonzerns Novartis in Basel



Motorboot bei Rapperswil



Flughafen Zürich

Wohlstandsinsel Schweiz: Ein Land, das im Überfluss lebt und von Unsicherheit geplagt wird

worbenen Reichtums, ein Land von lächelnden Steuerhinterzieherbeschützern.

In dieser Tradition standen die Sprüche von Peer Steinbrück, der die Schweizer mit Indianern verglich, gegen die man die Kavallerie ausschicken könne. Oder die Behauptung der „Süddeutschen Zeitung“, der Profit der Banken aus Steuerhinterziehung sei „Staatsräson“ der Schweiz. Und SPD-Chef Sigmar Gabriel sprach von „Organisierter Kriminalität“ der Schweizer Banken in Deutschland.

Wie ist es nun wirklich? Die Schweiz ist ein Land, das im Überfluss lebt und von Unsicherheit geplagt wird. In dem

die Vorstellung, ein Sonderfall in Europa zu sein, jeden Tag durch den wirtschaftlichen Erfolg bestätigt wird – mit einer Arbeitslosenrate von 2,8 Prozent. Ein Paradies, das ewig bedroht scheint.

Die Schweiz war bis zum Zweiten Weltkrieg ein armes Land, doch danach stieg sie zu einem der reichsten der Welt auf, und die Krise der vergangenen Jahre hat sie kaum getroffen. Es gibt deswegen immer mehr Einwanderung, die Bevölkerung wuchs zuletzt um jährlich ein Prozent auf etwa acht Millionen, eine Zahl, die viele im Land erschreckt und für große Diskussionen gesorgt hat. Von den 23 Prozent

Ausländern im Land sind viele Deutsche, die sich über besserbezahlte Jobs freuen.

Warum die Schweiz so reich ist? Wer mit Politikern, Wirtschaftsführern, Wissenschaftlern und Intellektuellen spricht, erhält sehr unterschiedliche Antworten.

„Wegen der hochkompetenten und total zynischen Hehlertätigkeit unserer Banken“, sagt Jean Ziegler. „Weil der Finanzplatz mit niedrigen Zinsen die Wirtschaft subventioniert“, sagt Oswald Grübel, der frühere Chef der Banken Credit Suisse und UBS. „Weil die Schweiz dank des Föderalismus eine bessere Politik betreibt, die zu weniger Verschuldung und niedrigen Steuern führt“, sagt der liberale Fribourger Ökonom Reiner Eichenberger. „Nicht wegen der Banken, sondern wegen der Industriekonzerne und der hochspezialisierten kleinen und mittleren Exportunternehmen“, sagt der Berner Bankenspezialist Rudolf Strahm.

Neben den fies lächelnden Bankiers in James-Bond-Filmen hat niemand so sehr das Bild der Schweiz als Hort der Unmoral geprägt wie Jean Ziegler, und kaum jemand polarisiert im eigenen Land so wie er. Die drastischsten Vorwürfe gegen den Finanzplatz stammen von ihm. Sie sind um die Welt gegangen, und sie haben ihn ruiniert. Das Haus, auf dessen Terrasse seine Frau das Essen aufträgt, gehört ihr.

Ziegler hat sechs Millionen Franken Schulden, aus Schadensersatzforderungen, Anwaltshonoraren, Gerichtsgebühren, die ihn sein Buch „Die Schweiz wäscht weißer“ gekostet hat. Es erschien 1990 und schilderte sie als „Finanzdreh Scheibe des internationalen Verbrechens“ und der Diktatoren. Eine Prozesslawine folgte.

„Weißt du“, sagt Ziegler in seinem universalen Du, „in meinem Buch hat die Welt gesehen, dass Blut von der Fassade rinnt.“ Es habe erklärt, sagt Ziegler, warum die Schweiz so reich sei: „Es geht um Fluchtkapital aus der Dritten Welt, Steuerhinterziehung aus den Industrieländern und Mafiagelder.“

Gerade hat Ziegler wieder ein Buch geschrieben: „Wir lassen sie verhungern“, einen Aufruf gegen den Hunger, den zweiten Feind seines Lebens, und gegen die internationalen Rohstoffspekulanten, viele mit Sitz in der Schweiz. „Wer astronomische Gewinne mit Nahrungsmittelspekulation macht, tötet Menschen.“

Ziegler stammt aus einer bürgerlichen Familie in Thun, wurde als Hans geboren, floh in den fünfziger Jahren nach Paris. Er fand Anschluss bei Jean-Paul Sartre, und Simone de Beauvoir änderte seinen Namen in Jean. Schon 1976 wagte er einen ersten Angriff auf das Bankgeheimnis: „Eine Schweiz – Über jeden Verdacht erhaben“ hieß das Buch.

„Jahrzehntlang haben mich die Geldsäcke von Zürich und ihre Lakaien diffamiert



Besucher beim Polo in St. Moritz



Uhrenmesse in Basel



Paradeplatz in Zürich



Luxuswagen in Zürich



Tresorraum in St. Gallen

miert: Der spinnt, der ist pathologisch, das sind linksextreme Wahnvorstellungen“, sagt Ziegler. Heute ist „Schweizer Bankkonto“ ein toxischer Begriff geworden. Der US-Präsidentschaftskandidat Mitt Romney muss sich gar für eines rechtfertigen, das er deklariert hat.

„Die Schweiz ist ein wundervolles Land“, sagt Ziegler. „Aber sie ist kolonisiert von der Bankenoligarchie. Wir müssen sie befreien. Wir wollen doch keine Räuberhöhle sein.“

Natürlich übertreibt er, das war immer sein Markenzeichen. Natürlich stimmt es nicht, dass sich gar nichts geändert habe. Die Geldfestung erhielt in den Achtzigern schon erste Risse. Eine Selbstbefragung setzte ein nach dem Skandal um das in der Schweiz deponierte Vermögen des philippinischen Diktators Ferdinand Marcos. Die Schweiz verabschiedete 1997 ein strenges Geldwäschegesetz, das sie für Potentaten weniger attraktiv macht. Während des Arabischen Frühlings war es die Schweiz, die als erste Gelder der gestürzten Regime blockierte.

Doch über Schwarzgeld wurde nie geredet. Alle wussten, dass es da ist, aber zum Thema wurde es erst, als den anderen Staaten in der Schuldenkrise das Geld ausging. Der Druck auf das Bankgeheimnis nahm schon seit dem Ende des Kalten Krieges zu. Doch erst seit der Krise haben EU, OECD und die USA alles unternommen, um es aufzubrechen.

Wer heute mit Bankiers und Lobbyisten spricht, spürt, dass sie über die Zukunft genauso verunsichert sind wie das ganze Land. Die Rede ist von Arbeitsplatzverlusten, sinkenden Gehältern und „Hundert Milliarden Franken“, die laut UBS in den nächsten Jahren abfließen könnten, nach Singapur oder in den US-Bundesstaat Delaware. Was bedeutet das?

Laut der Schweizerischen Bankiervereinigung verwalteten die Banken Ende 2011 rund 2,7 Billionen Franken aus dem Ausland. Eine Studie des Finanzdienstleisters Helvea schätzt, dass die Hälfte davon aus EU-Ländern stammt und dass 80 Prozent nicht versteuert seien – das wäre gut eine Billion Franken Schwarzgeld. Davon sollen knapp 90 Milliarden Franken aus Deutschland stammen.

Rudolf Strahm war 13 Jahre lang sozialdemokratischer Abgeordneter im Parlament in Bern sowie Chef der Preisüberwachungsbehörde. Er ist Ökonom und Bankenkritiker. Auch bei manchen seiner Gegner genießt er Ansehen für seine Sachkenntnis.

Strahms Kampf gilt der Behauptung, die Schweizer verdanken ihren Reichtum den Banken. „Der Bankensektor ohne Versicherungen hat 2007 etwa acht Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung ausgemacht, nach der Krise nur noch etwa sechs Prozent. Der Anteil der Banken wird ständig überschätzt.“

Strahm erzählt, wie er einst in Berlin mit einem Staatssekretär im Finanzministerium sprach, zu Steinbrücks Zeiten. „Der sagte mir: Ihr lebt halt von den Banken, er schätzte den Anteil auf 30 Prozent oder mehr. Als ich das richtigstellte und anfang aufzuzählen, ABB, Sulzer, Nestlé, Swatch, da meinte er: Ach so, darüber spricht man halt nicht.“

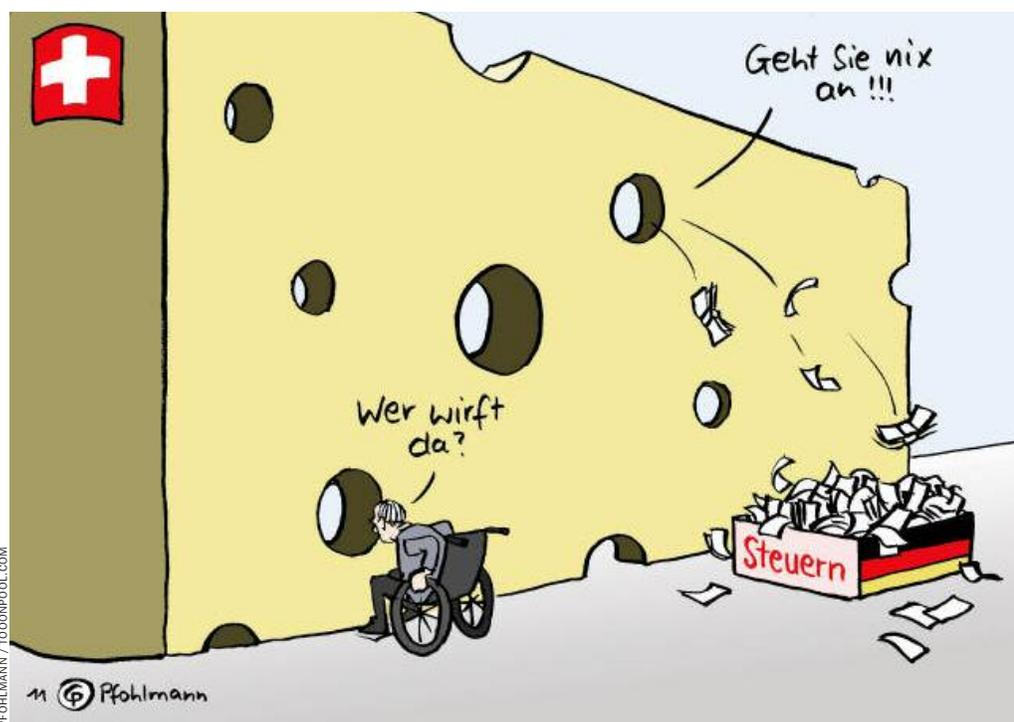
Den Mythos, sie machten die Schweiz reich, hätten „die Banken bewusst gepflegt und mit ihnen die politische Elite“, sagt Rudolf Strahm. Er hat ein Buch geschrieben: „Warum wir so reich sind“. Seine Botschaft lautet verkürzt: vor allem wegen der kleinen und mittleren Unternehmen, von denen viele im Export tätig sind.

Die Schweiz verfügt nicht nur über Weltkonzerne, sondern auch über kleine Firmen wie die Maxon Motor AG aus

Kopf umrechne, liege es fast doppelt so hoch wie in Deutschland. Berücksichtigt man die Kaufkraft, seien die Schweizer noch um gut 15 Prozent bessergestellt. Der wahre Wohlstandsunterschied liege vermutlich irgendwo dazwischen.

„Der Grund dafür ist einfach“, sagt Eichenberger. „Die Schweiz macht eine bessere Politik. Sie setzt bessere Anreize als Frankreich oder Deutschland. Der Grund dafür ist ein funktionierender Föderalismus: Kantone und Gemeinden sind finanziell eigenverantwortlich. Ein Kanton, der sich hoch verschuldet, muss zuerst einmal die eigenen Steuern erhöhen.“

Eichenberger glaubt, die direkte Demokratie der Schweiz führe zu einer sparsameren Politik und niedrigeren Steuern, weil die Bürger bei der Ausgabenpolitik mitreden. Während andere Länder gewaltige Schulden hätten, sei die Schweiz nur



Sachseln, die Antriebe für die Mars-Rover der Nasa geliefert hat. Oder die Ems-Chemie, die Feinchemikalien für den Weltmarkt herstellt. Die Schweiz exportiert pro Kopf mehr als Deutschland.

Bankiers und ihre Lobbyisten sagen, das sei naiv, die wahre Bedeutung der Banken sei viel größer. Man müsse alles anrechnen, was indirekt mit dem Arbeitsplatz zusammenhänge, dann komme man auf 15 oder gar 20 Prozent.

Der Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger sagt dazu: „Das ist dummes Geschwätz. Wenn alle so rechnen, kommt der Einzelhandel auch auf 20 Prozent, und alle Branchen zusammen liegen bei weit über 100 Prozent.“

Aber es stimme, sagt Eichenberger, die Schweiz sei reicher als ihre Nachbarn. Wenn man das Bruttoinlandsprodukt pro

mit knapp 49 Prozent der Wirtschaftsleistung verschuldet und in der Zukunft viel weniger stark durch ihr Rentensystem belastet. Deshalb werde die künftige Besteuerung niedriger sein, während andere Europäer Steuern erhöhen müssten.

Und das Schwarzgeld? „Das kann man vernachlässigen“, behauptet Eichenberger. Er rechnet: Wenn Schwarzgeld in Höhe von einer Billion Franken in der Schweiz liegt und die Banken ein Prozent jährlich als Gewinn einstecken – dann wären das brutto zehn Milliarden im Jahr, nach Abzug aller Kosten die Hälfte. Viel Geld für die Privatbanken, die davon leben, aber weniger als ein Prozent der Wirtschaftsleistung. „Man kann das mit der Landwirtschaft vergleichen“, sagt Eichenberger. „Volkswirtschaftlich unsinnig, politisch bedeutsam.“

Das Problem wäre also, dass die Banken zu viel Macht haben. Das ist auch der Punkt, den Bankenkritiker Strahm machen will: „Wir sind eine echte Demokratie – aber was die Banken angeht, eine Oligarchie. In der Politik ist nichts möglich gegen die Bahnhofstraße. Wenn die etwas will, spurt die Regierung.“ Einer der Gründe dafür ist, dass Banken maßgeblich die Parteien finanzieren. Es sei diese Abhängigkeit der Politik einerseits und die Interessenkonflikte der Banken untereinander andererseits, durch die das Land in die gegenwärtige Lage geraten sei.

Die Amerikaner hätten viel früher begriffen, sagt Strahm, dass sie mehr erreichten, wenn sie eine Bank in den Würgegriff nähmen, als wenn sie mit der Regierung verhandelten. Es war die UBS selbst, die in Bern darauf drängte, den USA 4450 Namen von Steuerbetrüglern liefern zu dürfen. Die Credit Suisse tat es ihr ein Jahr später gleich. Die Banker handelten aus Angst vor einer Anklage in Amerika.

„Die Schweiz hat nie aus eigener Kraft ihr Haus in Sachen Finanzplatz in Ordnung gebracht“, sagt Strahm, „immer nur auf Druck von außen, so war das schon in den Neunzigern, als es um nachrichtlosen Vermögen von Juden ging.“

Einst stand das Bankgeheimnis so unverrückbar wie die Berge, es verband sich mit der Unabhängigkeit, der Neutralität und der direkten Demokratie zum Schweizer Nationalmythos. Es gehörte zum „Sonderfall“, zu dem, was der Literaturwissenschaftler Peter von Matt „den arkadischen Selbstentwurf“ der Schweiz nennt: das Gefühl, auserwählt zu sein, verbunden mit der Vorstellung, dass Gott persönlich der Schweiz die Berge zu ihrem Schutz geschenkt habe.

„Einen ‚Wall von Gott‘ hat die alte Landeshymne sie genannt, obwohl die Schweiz ja nicht innerhalb eines Bergkreises liegt, sondern ziemlich schutzlos um die Berge herum“, schreibt von Matt, und er sagt: „Auch das Bankgeheimnis hat gewissermaßen mit der Grundphantasie der uneinnehmbaren Felsenfestung zu tun.“

Das erklärt zumindest zum Teil, warum die Schweiz sich so schwer damit tut. Es geht nicht nur um Geld, es geht um das Selbstbild des Landes.

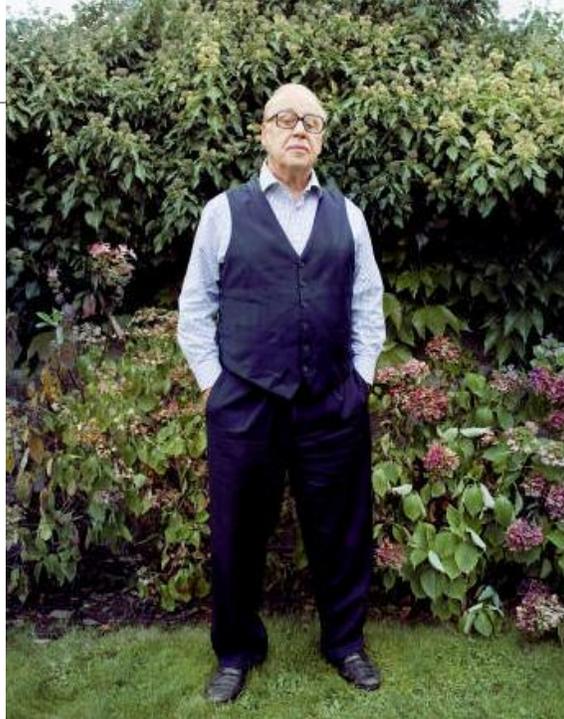
Als das Bankgeheimnis 1934 eingeführt wurde, habe es jüdische Vermögen schützen sollen, das war lange die offizielle Behauptung der Bankiers. Doch die Schweiz hatte sich schon nach dem Ersten Weltkrieg zu einer Fluchtburg für Vermögen entwickelt. Im Zweiten Weltkrieg wurde sie zu einem Umschlagplatz für alle Seiten. Das sicherte ihr Überleben, brachte ihr später aber schwere Kritik ein. Das Deutsche Reich beschaffte sich Devisen gegen Gold, Juden brachten ihr Vermögen in Sicherheit. Im Kalten Krieg schließlich entwickelte sich die Schweiz zum Weltmarktführer bei der grenzüber-

schreitenden privaten Vermögensverwaltung.

Aber das Bankgeheimnis ist seit Jahren in Auflösung begriffen, und verblüffend ist, wie schnell es geschieht. Noch im März 2008 sagte der damalige Finanzminister Hans-Rudolf Merz: Daran „werdet ihr euch die Zähne ausbeißen“. Nur ein Jahr später, nach Affären um geklaute Kundendaten, Drohungen der OECD und Angriffen Steinbrücks, kündigte die Schweiz an, ausländischen Behörden bei Verdacht auf Steuerhinterziehung Amtshilfe zu leisten. Bisher hatte sie das nur getan, wenn es etwa um Urkundenfälschung ging.

Das war das Ende des alten Bankgeheimnisses, das Steuerhinterzieher schützte. Ab Januar können ausländische Steuerbehörden gar Gruppenanfragen stellen – sie brauchen dann nicht einmal mehr den Namen eines Verdächtigen. Es reicht, ein verdächtiges Verhaltensmuster zu beschreiben. Und am vergangenen Freitag beging die Schweizer Regierung einen weiteren Tabubruch: Sie will den Schutz bei Steuerhinterziehung auch für die eigenen Bürger aufheben.

Der Mann, der das Bankgeheimnis lange verteidigt hat wie kein anderer, ist in



RUBEN WYTTENBACH / 13 PHOTO

Bankenkritiker Ziegler: „Keine Räuberhöhle sein“

diesen Tagen verstummt. Konrad Hummler hat es als eine Art Asylrecht bezeichnet, als Notwehr gegen den Staat. Die Schweiz war für ihn ein sicherer Tresor auf einem Kontinent, der aus historischen Gründen unter „Konfiskationsangst“ leidet. Hummler war Teilhaber der Privatbank Wegelin, Verwaltungsratspräsident der „Neuen Zürcher Zeitung“, einer der

profilertesten Köpfe des Landes. Er veröffentlichte regelmäßig einen Anlegerkommentar, der eher ein Kommentar zur Lage der Nation war.

Nun sitzt Hummler in einem Haus in der Nähe der St. Galler Stiftskirche. Es ist alles, was ihm von seiner Bank geblieben ist, den Rest musste er verkaufen. Die USA haben Wegelin angeklagt, wegen Verschwörung zum Steuerbetrug. Das überlebt keine Bank, weil sie dann keine Dollartransaktionen mehr durchführen kann. Nun gilt Hummler als „Flüchtiger“, er kann die Schweiz nicht verlassen, weil er sonst verhaftet und ausgeliefert werden könnte.

Der Fall Hummler hat einen Schock ausgelöst im Land: einer der bekanntesten Schweizer Bankiers, gejagt wie ein Verbrecher. Auch Mitarbeitern anderer Banken sind amerikanische Fahnder auf der Spur, weil sie womöglich in Steuerdelikte verwickelt waren. Bald könnten weitere Banken angeklagt werden.

Hummlers Fall ist deswegen ein besonderer, weil er es war, der das Prinzip der Abgeltungsteuer erfand, das den Kern des Steuerabkommens mit Deutschland ausmacht. Wenn Steuern anonym abgeführt würden, hofften die Privatbankiers, blieben ihnen jene Kunden erhalten, die

ihr Geld auf diesem Weg legalisieren möchten. 21 bis 41 Prozent müssten sie auf ihr Schwarzgeld zahlen, Strafverfahren blieben ihnen erspart.

Der Zürcher FDP-Nationalrat Ruedi Noser verteidigt die Idee. „Die wenigsten Steuerflüchtlinge sind in den letzten zehn Jahren gekommen“, sagt er. Es handle sich um altes Geld, Geschäftsbeziehungen seien vom Großvater auf Vater und Sohn übergegangen – und viele Leute würden gern steuerhürlich werden. „Zur Schweizer Kultur gehört, dass wir dem Kunden mit Anstand den Übergang in ein neues Rechtssystem gestatten“, sagt er. „Die Abgeltungsteuer verlangt ein gewisses Verzeihen. Damit tut sich Deutschland verdammt schwer. Aber wenn die deutsche Gesellschaft nicht mehr verzeihen kann, wird sie keine Zukunft haben.“

Doch die SPD will dem Abkommen, das in der Schweiz schon ratifiziert ist, vor allem aus einem Grund nicht zustimmen: Bankenexperte Strahm hat früh vor der sogenannten Abschleicherfrist gewarnt, die es Kunden ermöglicht, bis zum 31. Dezember 2012 ihr Vermögen ins Ausland zu verschieben, ohne entdeckt zu werden. Darüber war lange verhandelt worden, die Schweiz setzte sich durch.

Nun wird das Abkommen daran scheitern. Viele Politiker und Bankiers scheinen sich bereits damit abgefunden zu ha-

ben. Manche wünschen sich gar, dass es scheitert, zum Beispiel Oswald Grübel, der ehemalige Chef von UBS und Credit Suisse. Er empfängt in seinem Büro im zweiten Stock eines Geschäftshauses im Zürcher Bankenviertel. Grübel stammt aus der DDR, aber er hat seine ganze Karriere in der Schweiz gemacht. Grübel war einer der mächtigsten Bankiers des Landes, seine Stimme hat Gewicht.

Wer mit Grübel spricht, erlebt einen Mann, den der Lauf der Welt anwidert. „Es gibt eine schlechte Entwicklung zurzeit“, sagt Grübel, „wir werden nicht fertig mit der Transparenz, die wir mit Hilfe

der Technologie erzeugen.“ Das könne zu einer Zukunft führen, in der alle einander überwachten und der Einzelne fremdsteuert werde.

Er beklagt sich, dass man „alles, was früher war, mit den ethischen Maßstäben von heute“ beurteile. „Was einst eine gute Sache war“, nämlich dass es einen sicheren Ort für Geld gab, „haben die Medien in der Zwischenzeit umgedreht, sie haben der Schweiz ein Schuldgefühl gegeben.“

Und so existiere das Bankgeheimnis nur noch auf dem Papier, sagt Grübel, der Staat habe es laufend aufgeweicht und scheine nicht mehr dahinterzustehen. „Aber gibt es überhaupt noch Geheimnisse? Mit der Technologie, die wir entwickelt haben, ist es fast unmöglich geworden, Geheimnisse zu bewahren.“

Informanten schicken sie als Datensätze durch die Welt, und die Staaten locken mit Geld. Der Ex-UBS-Angestellte Bradley Birkenfeld hat von der US-Steuerbehörde gerade 104 Millionen Dollar Belohnung erhalten, weil er schilderte, wie er und seine Kollegen Gesetze brachen. Ausgerechnet die USA, die Grübel jedem als Fluchtort für Schwarzgeld empfehlen würde – da werde man nie gefunden.

Es werde bald eine Rezession geben, sagt Grübel, die Wirtschaft werde den Verlust des Bankgeheimnisses spüren. „Der Finanzplatz hat die Wirtschaft jedes

Bankgenossen

Finanzstandort Schweiz 2011



Weltmarktanteil an der grenzüberschreitenden privaten Vermögensverwaltung

27 Prozent

Verwaltetes Vermögen

5300 Mrd. CHF

Anteil ausländischer Kunden

2700 Mrd. CHF

Anteil des Bankensektors am Bruttoinlandsprodukt

6,2 Prozent

Quelle: Schweizerische Bankiervereinigung

DER SPIEGEL

Jahr mit 30 bis 40 Milliarden Franken subventioniert. Durch den Zufluss von ausländischem Geld konnten die Banken die Zinssätze niedrig halten“, sagt er. Diese Sicht ist unter Ökonomen umstritten.

Die Schweizer Großbanken haben das Interesse am Schwarzgeld im Gegensatz zu den kleineren Privatbanken schon länger verloren. Grübel hält dennoch nichts von der „Weißgeldstrategie“ der Regierung, nach der Banken bald nur noch versteuertes Geld annehmen dürften. Wie solle man das überprüfen? Die Bankangestellten müssten die Steuergesetze der ganzen Welt kennen. „Kein anderer Staat hat so etwas.“

Zu den Dingen, die Grübel nicht gefallen in dieser Welt, gehört das Steuerabkommen. Er glaubt, die SPD werde es am Ende akzeptieren, denn für Deutschland sei es hervorragend. Wer könne auf zehn Milliarden Euro verzichten in diesen Zeiten? Aber für die Schweiz? Ihm gefällt nicht, dass die Banken Steuern für einen anderen Staat abführen sollen. „Soll die Schweiz am Ende etwa für jeden Staat der Welt Steuern einziehen?“

Grübel sagt, das Abkommen sei „nur ein kostspieliger Zwischenschritt zum automatischen Informationsaustausch“. Den will die EU gern einführen, er würde es deutschen Finanzbeamten ermöglichen, Kundendaten zu erfragen. Es war bisher das Ziel der Schweizer Regierung, ihn zu verhindern.

Doch Grübel glaubt, die Schweiz hätte gemeinsam mit Österreich und Luxemburg, die sich bisher auch dagegen sträuben, ein Abkommen mit der EU aushandeln sollen. Das wäre „besser als diese für alle unbefriedigenden Verträge, die viel kosten und den Kunden das Gefühl geben, dass sie verraten werden. Aber Deutschland hätte das weniger gebracht“.

Es wäre vor wenigen Monaten noch undenkbar gewesen, Oswald Grübel vom automatischen Informationsaustausch reden zu hören. Doch auch der Chef der Raiffeisen-Bank Pierin Vincenz und der frühere Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand haben sich in den vergangenen Wochen ähnlich geäußert. Selbst manche Privatbankiers realisieren langsam, dass die bisherige Strategie versagt hat. Das Geschäft mit dem Schwarzgeld ist vorbei. Und fast alle scheinen unschlüssig darüber, wie es nun weitergehen soll.

Lange Zeit haben einige Banken ziemlich anstrengungslos Geld damit verdient. Die Kunden konnten nicht weg und zahlten hohe Gebühren. Ein Professor für Finanzwissenschaft drückt es so aus: „Es waren doch immer die dümmeren Studenten, die ins Private Banking gingen.“ Ein anderer: „Früher hieß es, man könne aus jedem Friseur einen Anlageberater machen.“ Das ist vorbei.

Wie viel Wohlstand es die Schweiz kosten wird, wenn Schwarzgelder sich andere Oasen suchen, ist umstritten. Die einen

glauben, die Wirtschaft könne im Finanzsektor verlorene Jobs wettmachen und das Land werde wegen seiner Stabilität als Finanzplatz stets attraktiv bleiben, etwa für Kunden aus Schwellenländern. Andere befürchten ein Absinken des hohen Lebensstandards.

Doch mehr noch geht es in diesem Streit um die Schweizer Identität, es geht um eine Sinnkrise in einem Land, das schlecht damit zurechtkommt, nicht mehr der Musterschüler zu sein, sondern der Bösewicht. Der Sonderweg in Europa, den die Schweiz geht, hat ihr bisher genutzt. Doch seit Jahren ist sie vor allem damit beschäftigt, Rückzugsgefechte zu führen, anstatt die Zukunft zu gestalten.

Konrad Hummler, der Privatbankier, der sein Land nicht mehr verlassen kann, hat dieses Gefühl vergangenes Jahr in einem Buch zur Zukunft der Schweiz beschrieben: „Unser Land laboriert seit nun-



Bankier Grübel
Die Strategie hat versagt

mehr 30 Jahren an seiner Positionierung auf dem europäischen Kontinent und in der Welt herum.“ Und weiter: „Man zehrt von früheren Erfolgspositionen, gibt dann und wann die eine oder andere preis, baut aber keine neuen komparativen Vorteile gegenüber dem Ausland auf. Derweil langweilt sich unsere Jugend und feiert ihre Partys der Zukunftslosigkeit im Leichtsinnsgeerbten Wohlstands.“

MATHIEU VON ROHR



Video:
Die Schweiz und das Geld

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode scannen, etwa mit der App „Scanlife“.
spiegel.de/app392012schweiz